

## **ANTRAG**

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Zehn Millionen Euro Fördermittel für den Heizungstausch – Landtagsbeschluss vom 20. Mai 2022 endlich umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung das Förderprogramm für Privatpersonen zur Umstellung von alten Heizungsanlagen auf erneuerbare Energien, welches im Rahmen des 9-Punkte-Paketes vom 30. März 2022 angekündigt und mit dem Beschluss des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE „Zukunft aus eigener Kraft – Energiesouveränität als Baustein eines starken Mecklenburg-Vorpommerns“ auf Drucksache 8/651 am 20. Mai 2022 bestätigt wurde, bisher nicht umgesetzt hat.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das im Beschluss auf Drucksache 8/651 in Ziffer III Nummer 5 geforderte Programm über „zehn Millionen Euro für die Umstellung von alten Heizungsanlagen auf erneuerbare Energien“ für Privatpersonen bis zum 31. Dezember 2022 aufzusetzen und dem Landtag vorzustellen. Den Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern sollen die Fördermittel spätestens ab dem 1. Februar 2023 unbürokratisch zugänglich gemacht werden.

**Dr. Harald Terpe und Fraktion**

**Begründung:**

Die Landesregierung hat erstmals mit dem 9-Punkte-Paket vom 30. März 2022 ein Förderprogramm zur Umstellung von Heizungsanlagen angekündigt. In der Antwort auf die Kleine Anfrage „Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Energie- und Klimapolitik der Landesregierung“ auf Drucksache 8/540 wurde die Absicht zur Aufsetzung eines solchen Programms zum Ersatz von fossilen durch erneuerbare Heizungen unterstrichen.

Am 20. Mai 2022 hat der Landtag mit Beschluss des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE auf Drucksache 8/651 der „Zukunft aus eigener Kraft – Energiesouveränität als Baustein eines starken Mecklenburg-Vorpommerns“ die Landesregierung dazu aufgefordert, zur Reduzierung des Wärmebedarfs „die bereits im 9-Punkte-Paket der Landesregierung vom 30. März vorgesehenen zehn Millionen Euro für die Umstellung von alten Heizungsanlagen auf erneuerbare Energien [...]“ zu berücksichtigen.

Auf Ankündigungen der Landesregierung und Beschlüsse der Regierungskoalition sollten sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen können. Investitionen wurden in Erwartung einer finanziellen Förderung des Landes aufgeschoben. Dadurch sind erhebliche Mehrkosten durch die verspätete Umsetzung als auch durch das längere Heizen mit teuren fossilen Energieträgern zu erwarten. Die Landesregierung muss daher ihren Worten Taten folgen lassen und das Programm auf den Weg bringen.